

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Tageszeitung

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Allg. Deutsche Creditanstalt, Blasewitz
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

der Amtshauptmannschaften Dresden-Alst. und Dresden-Neust., des Amtsgerichts Dresden, der Superintendentur Dresden II, des Forstrentamts Dresden, sowie der Gemeinden Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Rochwitz, Bühlau, Weißig, Schönfeld, Wachwitz, Niederpoyritz, Hostermig, Pillnitz, Dobritz, Laubegast.

Er erscheint jeden Wochentag nach 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 12.— einschließlich Bestellgeld; durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—; bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3.75

Blasewitz
Donnerstag, 30. September 1920.

Anzeigen-Preis: die 6gespaltene Grundzeile oder deren Raum 1.— Mark, im Tertiate die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und schwierigen Satz 50% Aufschlag. Anzeigen-Kannahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Außenhandelsförderung?

Die Außenhandelskontrolle zeitigt besonders in der Art, in der sie jetzt gehandhabt wird, immer wieder große Schädigungen unseres Wirtschaftslebens. Obgleich unendlich viel darüber geschrieben worden ist, muß doch immer wieder auf diese Tatsache hingewiesen werden, und es müssen alle Vorfälle, die einen neuen Beleg dafür geben, angeführt werden. Der sicherste Beleg für die Wirkung der Außenhandelskontrolle ist zweifellos das Ausland, und wir geben deshalb im folgenden das Urteil einer altrenommierten holländischen Firma wieder, in dem die Auffassung des Auslandes klar und unmissverständlich zum Ausdruck kommt.

Bis heute ... sind die Waren, die in H. angehalten waren, durch die dortige Zollbehörde noch immer nicht hier in D. den Handel angeht. Schreiben Sie doch mal dorthin, daß es die richtige Art und Weise ist, dem deutschen Export den Schaden umzureden.

Mit den Preisen will ich zufrieden sein, tobsich nicht auf die D. gehen. Aber 6 v. D. Ausfuhrabgabe? Ja, meine Herren, wenn die deutsche Regierung nun 6 v. D. inzwischens verlangt hat! Gewiß, der Käufer soll diese 6 v. D. zahlen, aber der Käufer wird vorher gar nicht gefragt, ob er will. Und in diesem Fall will er ganz bestimmt nicht. Wenn ein Kaufvertrag vereinbart wird, so kann dies nie einseitig geändert werden. Wir haben keinen Einfluß auf die deutsche Gesetzgebung, wollen uns darum auch nicht rümpfen lassen! Auch die Frucht nach Salzbergen, 78 Mk., ist abnorm hoch, weil fürs Ausland, gewiß auch gleich wieder 100 v. D. Ohne Export kann Deutschland nicht existieren, trotzdem wird alles drauf und drunter gefischt, um z. B. uns Holländern die Verbindung mit Deutschland richtig zu verleben, mich zu machen, wie man sagt.

Wir leben schon also hier, daß der holländische Kaufmann in der Außenhandelskontrolle nicht nur eine Demütigung seiner Wirtschaft, sondern auch eine Schikane für das Ausland nicht und wir können wohl sagen, daß unsere diesbezügliche Gesetzgebung viel zu der im Ausland Platz greifenden Erbitterung und dem wachsenden Mißtrauen in die deutsche Wirtschaft beigetragen hat.

Natürlich kann sich der Außenhandel in unsere schwierige Lage gar nicht hineinreden und es erheben sich deshalb Maßnahmen, die in unseren inneren Verhältnissen begründet liegen. Es ist nicht gesagt, daß eine generelle Aufhebung der Außenhandelskontrolle die in Frage stehenden Verhältnisse beseitigen und eine Debung unseres Lebens im Ausland hervorrufen würde. Wir wollen deshalb hier diese Fragen nicht näher erörtern, sondern uns nur an den gegebenen einzelnen Fall halten, in dem es sich um ein Erzeugnis nur eine besonders rigorose Handhabung der Außenhandelskontrolle handelt, die schließlich auch bei Beibehaltung des ganzen Systems gemildert bzw. beseitigt werden könnte.

Die exportierende deutsche Firma hatte die Ausfuhrbewilligung für die erwähnten Waren angefordert bekommen, irrtümlicherweise aber nicht das Original, sondern eine nicht gültige Abschrift. Der Firma erging es, daß die Unterzeichnung des Reichskommissars schickte und sie brachte die Sendung nach Entrichtung der Abgabe auf den Weg. Die Waren wurden an der Kontrollstelle angehalten und lagen darauf drei Wochen, obgleich die Firma die inzwischen vom Reichskommissar eingegangene Originalbewilligung eingereicht hatte. Nach Ablauf dieser Frist bekam die Firma die Mitteilung, daß die Freigabe der Sendung erst erfolgen könne, wenn die Ausfuhrbewilligung der in Berlin befindlichen höheren Kontrollinstanz vorgelegt habe.

Man kann sich denken, welche Verzögerung dieses Versahren mit sich gebracht hat und auch die Geduld der holländischen Firma bewundern. Es wäre in dem Fall unseres Erachtens genügend Vorsicht an den Tag gelegt worden, wenn man die Waren bis zum Eintreffen der Originalbewilligung zurückgehalten hätte. Solche Härten in der Ausführung der Außenhandelskontrolle müssen beseitigt werden, und man muß bestimmt erwarten, daß ganz abgesehen von der grundsätzlichen Änderung der gesetzlichen Bestimmungen, eine Milderung in dieser Hinsicht baldmöglichst eingeleitet wird.

Der Tag der Deutschen in Brüssel.

Brüssel, 28. September. (Von unserem besonderen Berichterstatter.) Gemäß der am Montag beschlossenen Tagesordnung erhaltete die deutsche Delegation heute nachmittags in der Finanzkonferenz den Bericht über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands. Die Rede hielt der Staatssekretär Bergmann. In der Einleitung wird vorerst der Dank der deutschen Delegation an den Völkerbund für die Einladung zu dieser Konferenz ausgesprochen. Hieran anschließend legt die Ansprache die heutigen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse des Reiches dar. Während Deutschland vor 1918 im ganzen eine Schuld von 5 Milliarden hatte, beträgt die Schuldentlast am 31. August 1920 rund 240 Milliarden Mark. Weiter heißt es: Wir sehen, daß mit dem Ablauf des Rechnungsjahres 1920 die Schuldentlast noch wesentlich höher sein wird, weil der Voranschlag für 1920 einschließlich des voraussichtlichen Ergebnisses der Verwaltungen der Reichseisenbahnen und Post einen Nettobetrag von mehr als 56 Milliarden Mark ergibt. Bei der Prüfung der Ziffern des jüngst überreichten rückblickenden Berichtes werden Sie beim Durchsicht der Zahlen für 1920 feststellen, daß die in dem Rapport der Brüsseler Konferenz für die öffentlichen Finanzen Deutschlands angegebenen worden sind. Dies erklärt sich dadurch, daß diese letzten Ziffern auf einem vorläufigen Voranschlag vom April d. J. beruhen. Die Verhältnisse haben sich bisher in einer Weise entwickelt, daß der Voranschlag für 1920 einer kurzen Umarbeitung unterzogen werden

den mußte. Der jetzige Bericht enthält die Ziffern, die zurzeit den gelebenden Verhältnissen Deutschlands zur Veranschaulichung vorliegen. Um die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, wird gegenwärtig in Deutschland eine Steuerreform größter Umfanges durchgeführt. Eine große Anzahl neuer Steuern wurde geschaffen. Die alten Steuern sind wesentlich erhöht und die bisher den Einzelstaaten belassenen Einnahmestellen, vor allem die direkten Steuern, sind auf das Reich übertragen worden, um Einheitlichkeit zu schaffen und den möglichst großen Nutzen für die Gesamtheit zu erzielen. Vor allem wird in Deutschland neben den Einnahmen aus der Zölle auf so schärfste zur Steuer herangezogen, nachdem schon vorher fast die gesamten Kriegsgewinne vom Reich mit Beschlag belegt worden waren. Von den indirekten Steuern ist besonders auf die mit hohen Sätzen angelegte Umsatzsteuer hinzuweisen. Wenn erst wieder einmal normale Verhältnisse eingetreten sein werden, haben wir mit dem jetzigen Steuerreform eine Grundlage geschaffen, auf der ein geordneter Haushalt aufgebaut werden kann. Für das Jahr 1920 wird an Steuern ein Eingang von mehr als 37 1/2 Milliarden Mark erwartet. Das ist ein Betrag, der für sich allein schon die Ausgaben des ordentlichen Haushaltes von etwa 30 1/2 Milliarden fast völlig deckt. Die deutsche Regierung ist aber in der Verheerung schon bis an die Grenzen des Möglichen gegangen. Dabei ist die von der Erziehung geleitet worden, daß jede Störung der Produktion vermieden werden muß, damit nicht etwa die Anstrengungen die Reichseinnahmen zu erhöhen, zum gegenwärtigen Ergebnis führen. Sie werden fragen, ob bei der Aufhebung des deutschen Haushaltes auch mit der erforderlichen Sparmaßnahme verbunden worden ist, das heißt, ob die eingeleiteten Ausgaben wirklich notwendig sind. Wir können Ihnen versichern, daß die Reichsfinanzverwaltung handig auf die Innehaltung der größten Sparmaßnahme bedacht ist. Ihre Aufzählungen sind aber auf zum Teil unüberwindliche Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Lage gefolgt. Soweit Ausgaben infolge des Krieges sowie der Bedingungen des Waffenstillstandes und Friedensvertrages notwendig geworden sind, lassen sich ersparnisse nicht erzielen. Allein für die beiden Rechnungsjahre 1919 und 1920 mußten die Kosten der Durchführung des Friedensvertrages mit 17 Milliarden eingeleitet werden. Der Unterhalt des Reiches anserlegten Soldaten erfordert weit größere Ausgaben als ein Meer auf der Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht. Alle diese Zahlen sind von einem in seinen Grenzen und seinen Erwerbsebenen weitestgehend beschränkten Wirtschaftsförderer zu tragen. Auf der anderen Seite machten die Zunahme der Ernährung und Kleidung sowie die Entlohnung des Mannes vom Nothoffen eine sehr erhebliche Einbuße dringend erforderlich. Die allgemeine Steuerreform kam für Deutschland in einem ungewöhnlichen Maße zur Geltung durch die fast völlige Entwertung des deutschen Geldes. Auf die Ursachen des Zusammenbruchs der deutschen Währung kann ich an dieser Stelle nicht eingehen. Es ist dies ein Teil des großen allgemeinen Problems, dem ein so hervorragender Platz in den Untersuchungen dieser Kommission eingeräumt wurde. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß ohne Währungsreform der Rückgang der deutschen Mark, der insbesondere seit einem Jahre eingetreten ist, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft nicht zu verstehen wäre. Die Anknüpfung aller Ziffern des vorliegenden Finanzberichtes erklärt sich in erster Linie dadurch, daß infolge der ursprünglichen Entwertung der Reichsmark, die ihren vorläufigen Tiefstand im Februar und März d. J. erreicht hat, alle Warenpreise in Deutschland um das Vielfache stiegen. So sind auch die Reichseinnahmen in einem Maße gewachsen, daß es nicht möglich war, mit der Sorge um entsprechende Einnahmen gleichen Schritt zu halten. Nur so ist auch der ansehnliche unerwartete Nettobetrag der Reichseinnahmen und der Post zu verstehen. Die deutsche Regierung, eingehend des Grundgesetzes, daß zum mindesten alle Ausgaben der Reichsregierung aus den Einnahmen dieser Reichsregierung gedeckt werden müßten, hat mehrmals die Taxe sehr wesentlich erhöht. Alle diese Taxen aber haben bei weitem nicht den Zweck erfüllt, die um ein vielfaches gestiegenen Ausgaben dieser Betriebe zu decken. Mit der Entwertung der Mark im Ausland steht das Anwachsen des Papiergeldumlaufes in Deutschland in engem Zusammenhang. Die letzte Schuld des Reiches von 240 Milliarden Mark setzt sich zum größten Teil, nämlich mit 142 Milliarden aus schwebenden Verpflichtungen zusammen. Da der Betrag der neu eingeführten Steuern wegen der Schwierigkeiten in der Organisation und der Erhebung nur allmählich eintrifft, hat die Reichsregierung bislang für einen großen Teil des Geldbedarfes keine andere Möglichkeit der Deckung gehabt, als die Discontierung von Schatzanweisungen bei der Reichsbank. Ein gewisser Betrag dieser Schatzanweisungen ist folglich durch das erparierte Kapital oder durch sonstige verfügbare Gelder aufgenommen worden. Aber ein erheblicher Teil davon ist bei der Reichsbank verblieben, die infolgedessen den Papiergeldumlauf wesentlich erhöhen mußte. Mit den wachsenden Steuererwartungen hoffen wir, die Notenerzeugung zum Stillstand zu bringen und dann auch der Valutaverstärkung entgegenwirken zu können.

Trotz der bestehenden unerfreulichen Verhältnisse halten wir jedoch Deutschlands finanzielle Lage nicht für verzweifelt. Wer unbefangenen die Zustände prüft, wird finden, daß Deutschland allmählich zur Ordnung zurückkehrt und daß Deutschland auch der Wille zur Arbeit überall im Lande sich wieder kräftig regt. Daraus schöpft die deutsche Regierung das Vertrauen, daß bei Beobachtung der größten Sparmaßnahme das Land in der Lage sein wird, allmählich aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zuständen wieder herauszukommen, insofern diese durch die Eigenart der inneren Lage verursacht worden sind. Um aber wirklich wieder lebensfähig zu werden, die

Währungsverhältnisse zu stabilisieren und den internationalen Verpflichtungen in verhandelter Weise nachkommen zu können, muß Deutschland in seinem wirtschaftlichen Leben mindestens soweit gehoben werden, daß es am Weltverkehr wieder in aktiver Weise teilnehmen kann. Das Ziel muß sein, mit dem enormen Passivum der deutschen Handelsbilanz aufzuräumen und eine erhebliche aktive Bilanz zu schaffen. Darin liegt die einzige Möglichkeit, die auf uns lastenden Verpflichtungen zu erfüllen. Das ist eine ansehnliche Aufgabe, zu deren Lösung die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands allein nicht ausreichen. Wir können das uns vorfindende Material nur in verständnisvoller Zusammenarbeit mit allen Ländern, die auf eine Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im zerrütteten Europa oder vielmehr in der ganzen Welt hinarbeiten. Wenn wir aber mit der wirtschaftlichen Hilfe der Welt rechnen, so sind wir verpflichtet, zunächst volle Klarheit über unsere finanzielle und wirtschaftliche Lage zu schaffen. Nur eine umfassende und durchaus aufrichtige Darstellung der Tatsachen kann bei anderen Verhandlungen für unsere eigenartige Lage und Vertrauen in dem Ernst unserer Bemühungen erwecken.

Dazu sind wir entschlossen. In diesem Geiste hoffen wir, zu den Arbeiten der Konferenz beitragen zu können. Wir haben zu unserer Verteidigung gehen in der allgemeinen Erörterung schließen können, daß unsere eigenen Ansichten über die Behandlung der zur Beratung gestellten Fragen durchaus mit den Grundätzen übereinstimmen, wie sie von den verschiedenen Delegierten der anderen Nationen vertreten worden sind. Sie werden, wie ich hoffe, aus dieser kurzen Ansprache ersehen haben, daß man auch in Deutschland gewillt ist, den hier vorgeschriebenen Grundlinien zu folgen, die zur Wiederherstellung der Ordnung und der Finanzen führen.

Das Haus folgte den Worten des deutschen Delegierten mit großer Spannung. Als er geendet hatte, wurde ihm allseitiger Beifall zuteil.

Es liegen über die Dienstag-Sitzung noch nachstehende Meldungen vor:

Brüssel, 28. September. In Beginn der Vormittags-Sitzung der Finanzkonferenz wurde ein Auschuß ernannt, der das Problem der öffentlichen Finanzen prüfen soll, deren Erörterung die heutige Sitzung ausgefüllt hat. Hiernach wurde die Beratung der Finanzberichte der verschiedenen Staaten fortgesetzt. Der Sonderauschuß hat heute seine Arbeiten aufgenommen, um die bisherigen Ergebnisse der Erörterung in einer Entschließung zusammenzufassen, über die dann von der Vollversammlung abgestimmt werden soll. Diese Entschließung soll sich mit der Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben mit den finanziellen Verhältnissen in Bezug auf Unternehmungen und mit der Herabsetzung der Ausgaben befassen. Sie wird voraussichtlich den Staaten empfehlen, ihre Anleihen einzusparieren, ihre auswärtige Schuld zu vermindern und schließlich die Frage zu behandeln, ob die Beschränkung des inneren und auswärtigen Handels zu dreizehnten oder aufrechtzuerhalten ist. — In der Nachmittagssitzung erklärte der amerikanische Vertreter, daß er in der Konferenz einen Erfolg sehe, weil sie zum ersten Male die ehemals gegnerischen Nationen zu einer sachlichen Beratung zusammenführte. Was die Bestimmungen Europas auf die amerikanischen Kredite angeht, so könne er wenig Aussicht auf ihre Erfüllung erkennen, dies um so weniger, als Europa eine weltweite Voraussetzung des amerikanischen Privatkapitals nicht biete, nämlich Sicherheit und Frieden. Er dann könnte Europa auf Unterstützung rechnen. Staatssekretär Bergmann hielt dann die bereits erwähnte Rede ruhig und gelassen, und das Haus folgte seinen Worten mit großer Aufmerksamkeit. Als er geendet hatte, wurde ihm allseitiger Beifall zuteil. Weiter wurden der Führer der südamerikanischen Abordnung Herr Montenegro, der österreichische Finanzminister Reich und die Vertreter von Bulgarien und von Portugal.

Aus Frankreich liegen nachstehende Pressemeldungen vor:

Paris, 28. September. Im „Radical“ findet sich heute über die deutsche Finanzkrise eine außerordentlich vernünftige Auslassung. Es heißt darin: Das Deutsche Reich beklagt sich über seine Not. Es würde gern zahlen, kann es aber nicht. Wäre es nicht viel besser, seine Unfähigkeit, die Schulden zu bezahlen, leizuzunehmen, die Verpflichtungen, die es einzunahm auf das Verluhtkonto zu buchen und sich mit dem allgemeinen Wiederaufbau Europas zu befassen? — Der Vertreter des „Journal“ in Brüssel hatte eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Finanzkonferenz Gustav Ador. Er erklärte, daß zwar über die Frage der Entschädigung auf der Konferenz nicht gesprochen werden solle, daß er aber aus der Unterredung, die er mit dem deutschen Vertreter von Bergmann gehabt, die tiefe Ueberzeugung gewonnen habe, daß die deutschen Vertreter von ernstem, gutem Willen erfüllt seien. Die Konferenz werde sie aufmerksam anhören und unparteiisch entscheiden. — Das „Echo de Paris“ meldet aus Brüssel, daß die englische Delegation den Antrag einbrachte, über die zur Debung der deutschen Wirtschaftslage und der Lage der anderen notleidenden Staaten zu ergreifenden Mittel erst nach Abschluß der allgemeinen Beratungen in Erörterung zu treten. Die Verhandlungen werden sich voraussichtlich bis Mitte Oktober hinziehen.

Politische Nachrichten.

Die Kartoffelversorgung.

Berlin, 28. September. Zur Befriedigung der dringend gewordenen Frage der Kartoffelversorgung fand heute in der Reichskartoffelstelle unter Leitung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft die schon in der Presse angekündigte Verhandlung statt. In einer Unterkommision, in der alle Gruppen vertreten waren, wurden unter Berücksichtigung der in der allgemeinen Aussprache